

A n h a n g
A n n e x e s

1 - 12

zum Stadtratsprotokoll Nr. 1

vom 15. Januar 2020

au procès-verbal n° 1

du 15 janvier 2020



Beantwortung

der Motion 20190059, Miro Meyer, JUSO, Levin Koller, JUSO, Muriel Günther, SP,
«Boden behalten, Biel gestalten!»

Mit der Motion Nr. 20190059 wird verlangt, dass der Verkauf von Boden im Besitz der Stadt Biel an Private verboten wird. Der Abtausch von Land ist davon nicht betroffen, solange die abgetauschten Landstücke von gleichem Wert sind.

Die Motionärinnen und Motionäre führen an, dass der Boden ein existentielles Gut ist, welches nicht vermehrt werden kann und deshalb in die Hände der Öffentlichkeit gehört. Biel hat im Vergleich zu andern Städten noch sehr viel Land im Besitz, welches nicht verschербelt werden darf. Lösungen im Baurecht sind in jedem Fall einem Verkauf vorzuziehen. Leider mehrten sich die Anzeichen, dass der Gemeinderat immer weniger abgeneigt ist, städtisches Land zu verkaufen. Ein Verbot des Verkaufs von Boden an Private stärke die Verhandlungsmacht der Stadt bei Landgeschäften mit Unternehmen.

Der Gemeinderat kann zu den im Vorstoss formulierten Anliegen wie folgt Stellung nehmen:

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit den Landreserven der Stadt sorgfältig umgegangen werden muss. Die Abgabe von Land im Baurecht hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt und wird vom Gemeinderat bei Interessenbekundungen einer potentiellen Käuferschaft angestrebt. Mit der Abgabe im Baurecht kann in einem hohen Mass zusätzlich zu den Zonenvorschriften Einfluss auf die zukünftige Nutzung der Parzellen resp. Liegenschaften genommen werden. Nach Ablauf der Baurechtsdauer kann die Stadt grundsätzlich entscheiden, ob sie das Baurecht verlängern oder aber die Liegenschaft für eigene resp. andere Zwecke nutzen will, dies selbstverständlich unter Bezahlung der vereinbarten Heimfallentschädigung.

Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass ergänzend zur Abgabe von Grundstücken und Liegenschaften im Baurecht immer auch das Instrument des Verkaufs zur Verfügung stehen muss. Idealerweise kann dabei ein wertgleicher Abtausch vereinbart werden und die Stadt erhält ein vergleichbares Ersatzobjekt. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass dieses Vorgehen mangels geeigneter Tauschobjekte nur in Einzelfällen zielführend ist. Auch erachtet der Gemeinderat ein jeweils differenziertes Vorgehen im Interesse der Stadt als angezeigt. Bei einzelnen Grundstücken ist nach Prüfung der städtebaulichen Planung und Abwägung der Entwicklungspotenziale und – ziele, einer Parzelle in Einzelfällen ein strategischer Wert für die Stadtentwicklung abzusprechen. Dies stellt nach Erachten des Gemeinderates bspw. einen Sachverhalt dar, in dem ein Verkauf der Parzelle – wohl gemerkt im Sinne einer Ausnahme – gemäss städtischem Recht möglich bleiben sollte. Sollte eine Parzelle hingegen für die weitere Entwicklung der Stadt Biel als strategisch wertvoll eingestuft werden, ist sich der Gemeinderat einig, dass ein Verkauf immer abzulehnen ist. Ein grundsätzliches Verbot würde jedoch die Stadt Biel jeglicher Handlungsfreiheit im wohl abgewogenen Einzelfall berauben. Es könnte sogar zur absurden Konsequenz führen, dass bei einem Landbedarf der öffentlichen Hand – wie in jüngster Zeit geschehen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Nationalstrasse im Bözingenfeld – die Stadt Biel vom Kanton für den benötigten Landanteil hätte enteignet werden müssen, anstelle das Land in einem partnerschaftlich verhandelten Geschäft an den Kanton zu veräussern. In spezifischen Fällen muss deshalb immer auch ein Verkauf von städtischen Objekten möglich sein, wenn

dies nach gesamtheitlicher Abwägung einen Mehrwert für die Stadt erbringt oder unbestritten im Interesse einer öffentlichen Aufgabe liegt. Ausserdem gibt es Fälle, in denen die Ansiedelung einer Firma, für welche nur ein Landkauf in Frage kommt, die Kompetenzbasis des Wirtschaftsstandortes verbreitert und damit die langfristige Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Der Gemeinderat weist ebenfalls darauf hin, dass in der Vergangenheit Investitionen zugunsten der Öffentlichkeit aus Landverkäufen finanziert worden sind. Als Beispiel sei hier die Aufwertung der Mühleinsel erwähnt. Ein gänzliches Verbot von Verkäufen wäre in diesem Sinn nicht im Interesse der Stadt.

Zudem weist der Gemeinderat auf die einseitige Optik der Motion hin, diese erwähnt nur den erfolgten Verkauf von stadteigenen Objekten in der Vergangenheit. Jedoch hat die Stadt Biel in der jüngeren Vergangenheit gleichzeitig auch zahlreiche Liegenschaften neu in ihren Bestand erworben:

2016

Käufe

Div. Grundstücke Campus Areal	Vitali's Generations AG	2'913 m ²
Denner-Gebäude	TR-Verwaltungs AG	3'000 m ²
Campus Areal		
Biel-Gbbl. Nr. 6506	Erbengem. Friedrich Bracher	1'366 m ²
Salzhausstrasse 2		
Biel-Gbbl. Nr. 8957	Berval Immobilien AG	861 m ²
Total Käufe 2016		8'140 m²

2018

Käufe

Biel-Gbbl. Nr. 8509 und 7180 Campus	Erbengem. Lörtscher	1'508 m ²
Biel-Gbbl. Nr. 6705 und 6713 Campus	Buwog	1'301 m ²
Biel-Gbbl. Nr. 2717	Berger Urs	390 m ²
Aarbergstrasse 11		
Total Käufe 2018		3'199 m²

2019 / laufendes Jahr

Käufe

Biel-Gbbl. Nr. 7156	Feinstein	549 m ²
Campus		
Total Käufe 2019		549 m²

Wie bis anhin und auch in Zukunft werden alle der Stadt bekannten Verkaufsangebote von privaten Liegenschaften geprüft und allenfalls im Interesse der Stadt Biel betreffend allfälligem Kauf weiterverfolgt.

Mit einer ausnahmslosen Umsetzung der Anliegen der Motion würde die Verhandlungsposition der Stadt mangels Flexibilität verschlechtert. Auch wären Auswirkungen auf die Preisbildung zu erwarten. Eine vollständige Abwesenheit der Stadt Biel als grösste Landbesitzerin im Verkäufermarkt könnte Preisverzerrungen bewirken.

Der Gemeinderat möchte an dieser Stelle auch ausdrücklich festhalten, dass die politische Entscheidung im Einzelfall immer bestehen bleibt, weshalb eine grundsätzliche Beschränkung von Verkäufen nicht nötig ist. Der Gemeinderat könnte sodann gegeben falls den Verkaufsverzicht, sofern sinnvoll und erwünscht, auch ohne ein Verbot im Sinne der Motion durchsetzen.

Zusammengefasst teilt somit der Gemeinderat die Anliegen der Motion, die wertvollen Landreserven der Stadt Biel zu schützen und grundsätzlich nicht an Dritte zu veräussern. Im Interesse der Stadt sollte jedoch der Raum offenbleiben, in Einzelfällen, wie bspw. bei

mangelnder strategischer Bedeutung, der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe oder Abgabe an ein (stadteigenes) öffentliches Unternehmen einen Verkauf zu vollziehen.

Im Sinne dieser Ausführungen erachtet es der Gemeinderat als opportun, die Kriterien von Verkaufsmöglichkeiten neben einer grundsätzlichen Pflicht zur Abgabe im Baurecht zu erarbeiten.

Aufgrund dieser Beurteilung beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Motion 20190059 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Biel, 3. Juli 2019

Namens des Gemeinderates

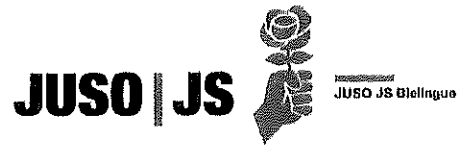
Der Stadtpräsident:

Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr

Julien Steiner

Beilage: Motion 20190059



Motion: „Boden behalten, Biel gestalten!“

Der Verkauf von Boden im Besitz der Stadt Biel an Private ist verboten. Der Abtausch von Land ist davon nicht betroffen solange die abgetauschten Landstücke von gleichem Wert sind.

Begründung

Boden ist ein für die Menschen existenzielles Gut, welches nicht vermehrt werden kann. Er gehört deshalb in die Hände der Öffentlichkeit und nicht in jene von Privaten. Die Folgen des Verkaufs von Boden an Private sehen wir heute in zahlreichen Städten der Schweiz: Steigende Mieten, Gentrifizierung, sinkende Einnahmen aus Baurechtszinsen und geringere Planungsfreiheiten für die Städte. Biel hat im Gegensatz zu anderen Städten noch sehr viel Land in ihrem Besitz - diesen Schatz dürfen wir auf keinen Fall verscherbeln.

Die Vergangenheit zeigt: Eine Lösung im Baurecht ist einem Verkauf in jedem Falle vorzuziehen, auch weil dann die Stadt und damit die Öffentlichkeit anstelle von Privaten von den steigenden Preisen des städtischen Landes profitiert.

Leider mehren sich aber die Anzeichen, dass der Gemeinderat immer weniger abgeneigt ist städtisches Land zu verkaufen: AGGLOlac, Esplanade oder die Taubenlochschlucht sind nur einige Beispiele.

Neben den direkten Nachteilen für Stadt und Bevölkerung, welche mit diesen Verkäufen einhergehen, machen Sie die Stadt auch erpressbar: Investoren wird klar, dass die Stadt schon nachgeben wird, wenn sie behaupten sie würden nur investieren, wenn die Stadt das Land an sie verkaufe.

Ein Verbot des Verkaufs von Boden an Private stärkt deshalb die Verhandlungsmacht der Stadt bei Landgeschäften mit Unternehmen: Für Unternehmen ist dann klar, dass sie Land nur im Baurecht erhalten und gar nicht mehr versuchen müssen den Gemeinderat zu erpressen.

Biel/Bienne, 21.02.2018

Miro Meyer (JUSO)

Levin Koller (JUSO)

Muriel Günther (SP)

M. Meyer

L. Koller

M. Günther

M. Arnold

U. Roth

D. Arnold

A. D.

L. Koller

K. Koller

V. de Haddam

C. Arnold

M. K.

S. Muriel

P. Koller



Réponse

au postulat 20190090, Mohamed Hamdaoui, PDC, «Vente de terrains municipaux: établir des règles claires»

L'intervenant prie le Conseil municipal de présenter un rapport précisant à quelles conditions la Ville est disposée à vendre des terrains municipaux à des tiers.

Ce rapport devra notamment veiller à

1. garantir que le prix de vente de ces terrains ne soit pas inférieur à ceux du marché;
2. garantir qu'en cas de vente à des entreprises privées, celles-ci s'engagent à conclure des conventions collectives de travail avec les partenaires sociaux concernés;
3. garantir que ces entreprises s'engagent à développer à Bienne des activités sur un long terme;
4. informer de manière détaillée le Conseil de ville sur les transactions foncières (ventes et achats) effectuées par la Ville depuis 2010.

La vente de terrains municipaux à des tiers peut représenter une plus-value intéressante pour la Ville de Bienne et ses contribuables. Mais les récentes transactions effectuées (p. ex. projet des Gorges du Taubenloch ou de l'entreprise Power Integrations) ont entraîné beaucoup de discussions. Il serait donc sain que l'Exécutif clarifie sa position et demande au Conseil de ville de se prononcer sur sa pratique dans ce domaine.

Le Conseil municipal est en mesure de prendre position comme suit sur les requêtes de l'intervenant:

Il convient d'indiquer en introduction que les cas où une plus-value peut être générée sont rares.

1. Comment garantir que le prix de vente de ces terrains ne soit pas inférieur à ceux du marché ?

Généralement, les transactions foncières de la Ville de Bienne sont soumises à une évaluation de la valeur vénale actuelle. S'il existe des prix de référence fiables pour des immeubles comparables, cela permet de plausibiliser la valeur de l'objet concerné sur cette base. Des consignes particulières sont fixées depuis 2002 pour établir le prix des terrains dans la zone d'activités des Champs-de-Boujean. La Direction des finances prépare actuellement une adaptation de cette base de prix.

2. Comment garantir qu'en cas de vente à des entreprises privées, celles-ci s'engagent à conclure des conventions collectives de travail avec les partenaires sociaux concernés ?

Le Conseil municipal confirme que les entreprises qui souhaitent acheter un terrain à Bienne ou le prendre en droit de superficie doivent naturellement respecter toutes les prescriptions applicables. Cela vaut aussi pour les conventions collectives de travail. Des contrôles ont lieu dans le cadre des mesures prévues dans les CCT. La Ville de Bienne n'est pas directement impliquée, sauf dans des cas exceptionnels.

3. Comment garantir que ces entreprises s'engagent à développer à Bienne des activités sur un long terme ?

Lorsqu'elle vend des bien-fonds ou les octroie en droit de superficie, la Ville de Bienne poursuit par principe des objectifs stratégiques. L'acheteur ou le superficiaire doit au préalable avoir présenter des projets et concepts convaincants. La création ou le maintien d'emplois joue notamment un rôle essentiel. Dans la mesure du possible, la Ville vise à fixer par écrit des consignes correspondantes dans le cadre de telles transactions.

4. Informer de manière détaillée le Conseil de ville sur les transactions foncières effectuées par la Ville depuis 2010.

Toutes les ventes et tous les achats sont mentionnés en détail dans les rapports de gestion annuels de l'Administration municipale.

En résumé, le Conseil municipal précise que la Ville doit conserver l'instrument que représente la vente de terrains, en plus de l'octroi de bien-fonds en droit de superficie. L'implantation d'entreprises qui se construisent un bâtiment sur mesure se fait toujours dans une perspective à long terme. Les investissements consentis ne peuvent être amortis que sur une longue période. Un départ à court ou à moyen terme engendre toujours des coûts élevés ou des amortissements extraordinaires pour l'entreprise concernée.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat 20190090 et de le radier du rôle comme étant réalisé.

Bienne, le 28 août 2019

AU NOM DU CONSEIL MUNICIPAL

Le maire:

Erich Fehr

La chancelière municipale:

Barbara Labbé

Annexe: postulat 20190090

Postulat

Vente de terrains municipaux: établir des règles claires

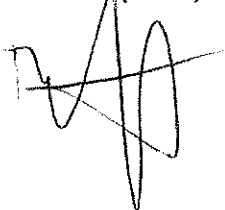
Le Conseil municipal est prié de présenter un rapport précisant à quelles conditions la Ville est disposée à vendre à des tiers des terrains municipaux. Ce rapport devra notamment veiller à :

- garantir que le prix de vente de ces terrains ne soit pas inférieur à ceux du marché ;
- garantir qu'en cas de vente à des entreprises privées, celles-ci s'engagent à conclure des conventions collectives de travail avec les partenaires sociaux concernés ;
- garantir que ces entreprises s'engagent à développer à Bienne des activités sur un long terme.
- informer de manière détaillée le Conseil de ville sur les transactions foncières (ventes et achats) effectuées par la Ville de Bienne depuis 2010.

Développement

La vente de terrains municipaux à des tiers peut représenter une plus-value intéressante pour la Ville de Bienne et ses contribuables. Mais les récentes transactions effectuées (par exemple pour le projet des gorges du Taubenloch ou l'entreprise Power Integration) ont entraîné beaucoup de discussions. Il serait donc sain que l'Exécutif clarifie sa position et demande au Conseil de Ville de prononcer sur sa pratique dans ce domaine.

Mohamed Hamdaoui (PDC)



Bienne, le 21 mars 2019



Beantwortung

des Postulates 20190093, Benedikt Loderer, Grüne, Urs Scheuss, Grüne, «Verdichtung im Baureglement»

Die Verfasser des Postulats fordern den Gemeinderat auf, dem Stadtrat zu berichten, mit welchen Anpassungen des Baureglements respektive der baurechtlichen Grundordnung die Siedlungsentwicklung nach Innen gefördert werden kann. Sie stützen sich dabei namentlich auf die gesetzlichen Grundlagen auf Bundes- und kantonaler Ebene, welche die Gemeinden dazu auffordern, die nötigen Massnahmen zur Förderung der Innenentwicklung zu treffen.

Im Zentrum steht gemäss den Verfassern insbesondere das Hinwirken auf eine geschlossene Bauweise (z.B. durch die Aufhebung von Grenzabständen oder die Festlegung respektive Anpassung von Baulinien), das Zulassen von Aufstockungen oder Gebäudeerweiterungen sowie das Zusammenbauen von Gebäuden unter Nachbarn. Ferner wird als Möglichkeit die Festlegung von Verdichtungszoneen gesehen.

Die baurechtliche Grundordnung der Stadt Biel legt neben der möglichen Geschosshöhe die Bauweise (offene und geschlossene Bauweise, bei letzterer darf das Gebäude seitlich direkt an die Grenze gebaut werden, wie z.B. im Bahnhofquartier) sowie die einzuhaltenden Grenzabstände fest. Wo es sinnvoll ist, von diesen Grenzabständen abzuweichen (d.h. sie i.d.R. zu reduzieren), sind Baulinien auszuscheiden. Mittels dem Instrument des Baulinienplanes ist es möglich, die städtebauliche Form der Gebäude mitunter relativ detailliert vorzugeben, prägende Gebäudefluchten zu bewahren und zu schaffen und die Dichte eines Gebiets zu steuern. Die baurechtliche Grundordnung der Stadt Biel ist vergleichsweise flexibel ausgestaltet, was das Abweichen von geltenden Grenzabständen betrifft. Stimmt der betroffene Nachbar zu, kann der Grenzabstand reduziert oder sogar auf ihn verzichtet werden, so lange dadurch keine Mehrnutzung entsteht. So kann einerseits die optimale Positionierung eines Neubaus auf der Parzelle und andererseits die Ausschöpfung allfälliger Nutzungsreserven auf dem Areal ermöglicht werden, beispielsweise bei Anbauten.

Darüber hinaus werden in Entwicklungsgebieten laufend Sondernutzungsplanungen (i.d.R. Zonen mit Planungspflicht und Überbauungsordnungen) erlassen, welche die Bebauung, Nutzung und Erschliessung der Gebiete noch detaillierter festlegen.

Die Entwicklung nach Innen steht in der Stadt Biel seit der Jahrtausendwende verstärkt im Fokus der Stadtentwicklung. Zahlreiche brach liegende und/oder unternutzte Areale wurden seither neu beplant und bebaut, wobei der haushälterische Umgang mit dem Boden in jedem Fall ein zentrales Element war. Als Beispiele zu nennen sind die Neuüberbauung des Gygax-Areals, des Masterplangebiets und des Gaswerk-Areals. Diese grossmassstäblichen Neubauvorhaben basieren auf Planungsverfahren, in denen jeweils mittels den notwendigen qualitätssichernden Verfahren (städtebauliche Wettbewerbe, Studienaufträge) die verträgliche Verdichtung ausgelotet wurde. In jedem Fall gingen diese Verdichtungsprojekte mit neuen oder angepassten öffentlichen Infrastrukturen einher, denn Verdichtung führt in jedem Fall zu einer verstärkten Beanspruchung dieser Infrastrukturen.

Verdichtung muss zudem zwingend mit hoher Qualität der Bauten und insbesondere der Aussenräume einhergehen. Bei verdichteter Bauweise sind weniger Aussenräume vorhanden, diese werden stärker beansprucht, durch zahlreiche verschiedene Nutzergruppen. Die Anforderungen an diese Aussenräume steigen entsprechend. Aus diesem Grund muss die

Verdichtung jeweils mit den nötigen qualitätssichernden Verfahren verknüpft werden. Dies ist nur bei Arealplanungen (z.B. Zonen mit Planungspflicht und Überbauungsordnungen) möglich, bei Einzelvorhaben gestützt auf die baurechtliche Grundordnung kann jedoch nicht die gleiche Qualitätssicherung eingefordert werden (i.d.R. Begleitung durch den Fachausschuss für Planungs- und Baufragen).

Verdichtung muss koordiniert geschehen, denn eine «ungeordnete» Verdichtung führt neben ggf. fehlender Qualität auch zu einer stärkeren Beanspruchung der öffentlichen Infrastrukturen und deren Ausbaubedarf. Aus diesem Grund ist eine pauschale Erhöhung der Ausnutzung über die gesamte Stadt aus der Sicht des Gemeinderates keine angemessene Lösung zur Erreichung des Ziels der Innenentwicklung.

Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat überzeugt, dass der bisher verfolgte Weg, Verdichtungsprojekte in grösserem Massstab eng planerisch zu begleiten, der richtige Ansatz ist. Eine über die ganze Stadt geltende generelle Ermöglichung der Verdichtung wäre aus seiner Sicht nicht zielführend. In diesem Zusammenhang zu beachten ist, dass die Stadt Biel im ISOS (Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung) als Ortsbild von nationaler Bedeutung enthalten ist. Ein grosser Teil der Quartiere befindet sich in Bereichen mit Erhaltungsziel A (Erhalt der Substanz, d.h. Bewahren der bestehenden Bauten und Freiräume) oder B (Erhalt der Struktur, d.h. Bewahren der Anordnung und Gestalt der Bauten und Freiräume). In solchen Gebieten sind Verdichtungsmassnahmen nur mit der entsprechenden Sorgfalt, koordiniert und mit der notwendigen Qualitätssicherung denkbar. Eine generelle Aufzonung, Reduktion der Grenzabstände oder das Zulassen einer geschlossenen Bauweise wäre in diesen Gebieten nicht denkbar.

Diese Verdichtungsprojekte, welche durch die Stadt begleitet werden, können ganz unterschiedliche Massstäbe annehmen. Nicht nur die erwähnten Grossprojekte wie Gaswerk- und Gygax-Areal, sondern auch kleinere Verdichtungsprojekte werden unterstützt, beispielsweise im Rahmen einer laufenden Anpassung der baurechtlichen Vorgaben im Bereich «Mett-Zentrum» oder mit der Wohnbaugenossenschaft Wobe am Mettlenweg. Nur solche begleitete Verfahren, in der die bauliche Verdichtung integral mit dem Aussenraum und den umliegenden öffentlichen Infrastrukturen betrachtet und beplant werden kann, führen aus der Sicht des Gemeinderats zur notwendigen Lebensqualität im verdichteten Stadtraum.

Neben den planerischen und baurechtlichen Aspekten gilt es zu bedenken, dass nur dort verdichtet werden kann, wo die Grundeigentümer dazu bereit sind. Die Zurverfügungstellung von Land an Orten in der Stadt, welche sich für die Innenentwicklung eignen, sei es durch die Stadt oder durch private Grundeigentümer, ist daher ein zentrales Element in der Innenentwicklung; die baurechtlichen Vorgaben können lediglich die Rahmenbedingungen dazu schaffen.

Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Stadtrat, das Postulat 20190093 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 5. Juni 2019

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident

Die Stadtschreiberin

Erich Fehr

Barbara Labbé

Beilage: Postulat 20190093



Vorstoss Nr. / Interv. no: _____

Termin GR / Délai CM: _____

Direktion / Direction: _____

Mitbericht / Corapport: _____

Postulat

Verdichtung im Baureglement

Der Gemeinderat wird gebeten, dem Stadtrat zu berichten, mit welchen Anpassungen im Baureglement die Siedlungsentwicklung nach innen gefördert werden kann.

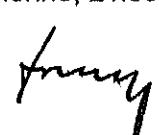
Begründung

Das Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) verlangt von Bund, Kantonen und Gemeinden Massnahmen zu ergreifen, um die die Siedlungsentwicklung nach innen zu lenken (Art. 1 Abs. 2 Bst. a^{bis}). Das Baugesetz des Kantons Bern sieht ebenfalls vor, dass die Gemeinden „geeignete Massnahmen zur Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen“ treffen (Art. 54 Abs. 2 Bst. I).

Im Baureglement der Stadt Biel (SGR 721.1) fehlt ein solcher Grundsatz. Es ist auch nicht ersichtlich, wie die Stadt die gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton für verdichtetes Bauen erfüllt. Der Bericht soll daher aufzeigen, mit welchen Anpassungen des geltenden Baureglements die Siedlungsentwicklung nach innen gefördert wird.

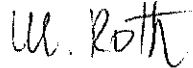
Ziel ist es, auf eine geschlossene Bauweise hinzuwirken, etwa durch die Korrektur oder die Aufhebung von Grenzabständen, das Festlegen von Baulinien vorne und hinten, das Zulassen von Aufstocken, Anbauen und Zusammenbauen, auch durch nachbarschaftliche Vereinbarungen. Weiter kann dieses Ziel auch durch das Festlegen von Verdichtungszone erreicht werden.

Biel/Bienne, 21.03.2019

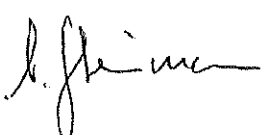

Benedikt Loderer, Grüne / Les Verts


Urs Scheuss, Grüne / Les Verts


Cora Frank


U. Roth

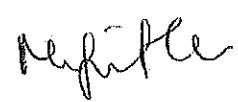

M. Meyer

 S. Mendi


J. M. Haldach


R. W.


J. H.


M. F. H.


A. D.


S. B.



Réponse

au postulat 20190061, Olivier Waechter, Groupe UDC/Les Confédérés, «Aménagement de la rue des Bains à Bienne»

L'intervenant demande au Conseil municipal de procéder à une analyse approfondie concernant la situation actuelle à la rue des Bains ainsi qu'à une consultation bilingue auprès des riverains et riveraines concernés, puis au vu des résultats de l'analyse et de la consultation, de réaménager et d'assainir la rue des Bains en conséquence.

Sur le tronçon entre la rue du Débarcadère et le quai de la SNLB, la rue des Bains a été assainie et réaménagée en deux étapes. Le premier réaménagement sur le tronçon entre le chemin des Roseaux et le quai a été réalisé en relation avec le nouvel aménagement du quai SNLB voilà treize ans. Le réaménagement du tronçon entre la rue du Débarcadère et le chemin des Roseaux a eu lieu en 2016 suite aux vastes travaux effectués sur diverses conduites industrielles, et l'allée d'arbres a dû être abattue en lien avec ces travaux. Les travaux sur ces conduites industrielles et l'abattage des arbres qui y était lié ont été la cause du réaménagement de la rue des Bains sur le tronçon susmentionné. La rue des Bains est une impasse et sert à la desserte du quartier et aux livraisons pour le débarcadère. Ce n'est pas un axe de transit et le volume du trafic routier y est par là même peu important.

Diverses conditions-cadre importantes ont dû être prises en compte avant de procéder aux réaménagements. Ainsi, une allée d'arbres est prévue de chaque côté de la rue des Bains selon le plan des alignements en vigueur. Au vu des points problématiques analysés selon la situation antérieure, les arbres ont été en partie placés différemment et leur nombre légèrement réduit, de sorte que les conflits avec les accès privés et les places de stationnement transversales privées ont été aussi réduits. En outre, le croisement des véhicules a été facilité grâce à l'abaissement des trottoirs. L'arrêt de bus «Clos-du-Lac» existant depuis 15 ans a été aménagé avec des quais surélevés conformément à la Loi sur l'égalité pour les handicapés; LHand), afin de faciliter la montée et la descente des personnes à mobilité réduite. Ici, contrairement à l'intervenant, le Conseil municipal ne voit aucune raison de supprimer les arrêts de bus nécessaires et bien fréquentés pour la desserte du quartier.

En résumé, le Conseil municipal est d'avis que la rue des Bains fonctionne bien en tant que rue de quartier. Les points problématiques et les restrictions décrits par l'intervenant sont supportables pour une rue de quartier et contrairement aux dires de ce dernier, ils n'engendrent aucune situation chaotique ou insupportable. Au vu de ce contexte, et du fait que le présent tronçon de rue a été assaini et réaménagé voilà trois ans, le Conseil municipal considère, également pour des raisons financières, qu'il n'est pas opportun de procéder à une analyse approfondie et de mettre à disposition les moyens financiers nécessaires à cet effet. Il est d'avis qu'il n'existe aucun besoin d'agir en vue d'une nouvelle étude.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville de rejeter le postulat 20190061.

Bienne, le 26 juin 2019

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

Erich Fehr

La chancelière municipale:

Barbara Labbé

Annexe: postulat 20190061

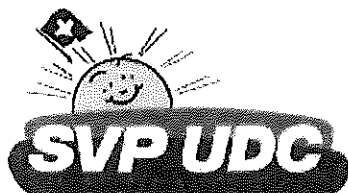
(sera rempli par la CHM)

Vorstoss Nr. / Interv. no: 20190061

Termin GR / Délai CM: 26.06.19

Direktion / Direction: BEU

Mitbericht / Corapport: PRA, DSS



Olivier Waechter, Groupe UDC / Les Confédérés

Postulat

Aménagements de la rue des Bains, à Bienne

Proposition

Nous demandons que le Conseil Municipal ordonne une analyse approfondie de la situation actuelle et procède à la mise sur pied d'une consultation bilingue avec les riverains concernés (par le biais d'un courrier ou lors d'une rencontre). Selon ce qui va en ressortir, nous souhaitons également, en cas de réaménagement et/ou de corrections à apporter, un rapport complet et détaillé de la situation.

Motivation

Première situation à analyser à la rue des Bains. Le cas d'un peuplier en face de l'entrée du garage, rue des Bains 36, qui empêche un accès direct d'entrée et de sortie. A l'époque dans les années 80, il y avait déjà eu des discussions au sujet des peupliers de la rue des Bains. M. Haller étant en charge dudit département des travaux publics avait à l'époque, intelligemment organisé une rencontre avec les riverains pour analyser la situation et présenter un projet satisfaisant pour tous. Le cas cité avait déjà été constaté et aucun arbre ne se trouvait à cet endroit accidentogène. En effet, les propriétaires de ladite adresse devant effectuer des manœuvres pour accéder au garage, il en résulte un désagrément pour les bus, les piétons et les cyclistes qui utilisent la rue des Bains. Pour limiter les risques en effectuant de tels manœuvres on est obligé d'empiéter sur le terrain d'un autre propriétaire, ce qui n'est pas acceptable. Seconde situation: Lors des travaux du trottoir en 2018 plusieurs dégâts ont été causés chez les riverains. Comment se fait-il que les murs endommagés, à ma connaissance, n'ont jamais été remis en état? N'oublions pas qu'il s'agit de demeures classées digne de conservation. Dernière situation: le cas des deux arrêts de bus au début de la rue des Bains. Depuis la mise en service, il se trouve que la circulation des riverains et des bus sur cette route est devenue chaotique. L'accès aux places de parcs ou garages lorsqu'un bus se trouve à l'arrêt est impossible. Il est également régulièrement constaté que de nombreux déchets se retrouvent dans les jardins aux abords de ses deux arrêts. Celui du débarcadère semble tout à fait suffisant pour desservir le quartier, tout en étant plus proche du Gymnase Français de Bienne, mieux agencé avec des abris et sans riverain à proximité directe. Notons également que lors des heures des gymnasiens l'accès est complètement bloqué. Il paraît dès lors du bon sens de justifier une suppression ou un déplacement sur une autre rue, de ces deux arrêts plus problématiques qu'utiles. Il en résulterait à n'en pas douter, une diminution des nuisances, de la pollution, des risques d'accidents et une fluidification du trafic autorisé sur la rue des Bains. Vu la situation actuelle, on peut légitimement se poser la question suivante: l'objectif du département en question n'est-il pas purement électoraliste dans le but d'obtenir un quartier sans voiture et de ce fait, de continuer à dénigrer injustement les automobilistes en ville de Bienne?

Bienne, le 21 février 2019

Olivier Waechter, Groupe UDC / Les Confédérés

Cosignataire(s)

[Signatures]



Anhang Nr. 5

Beantwortung

des Postulates 20190131, Peter Bohnenblust, FDP. Die Liberalen, «Unverständliche Unterlassungen: fehlende Verbindung Madretschstrasse–Mattenstrasse »

Mit dem Postulat 20190131 wird der Gemeinderat beauftragt, in einem Bericht verschiedene Fragen zur fehlenden Verbindung Madretschstrasse–Mattenstrasse zu beantworten. Die Postulanten verweisen auf die Baugesuchsakten vom 5.7.1993, wo als Auflage eine öffentliche Fussgänger Verbindung Madretschstrasse–Mattenstrasse festgehalten wird und sodann auch auf eine Nachfrage bei der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) im 2013 betreffend die festgestellte Kennzeichnung „Privat“ des Fussgängerdurchganges auf dem Schnyder-Areal. Aus der Beantwortung der Postulate zur Gartenstrasse Nr. 20180369 und Nr. 20180370 gehe zudem hervor, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Der Gemeinderat kann die Fragen der Postulanten wie folgt beantworten:

1. Wer war für Umsetzung dieser Bestimmung betreffend öffentlicher Verbindung gemeindeintern wann zuständig (Direktion/Abteilung/Dienststelle)?

Die mit der Planung, dem Bau und der Abnahme zusammenhängenden Massnahmen lagen im Zuständigkeitsbereich der BEU. Anfangs 2016 übergab die BEU aufgrund der noch einer Lösung zuzuführenden, sachenrechtlichen Fragen die weitere Bearbeitung des Geschäftes an die Finanzdirektion, Abteilung Liegenschaften.

2. Was wurde durch wen unternommen, um die Bestimmung umzusetzen?

Die Abteilung Liegenschaften hat nach Übernahme des Geschäftes im Jahre 2016 unter Beizug externer Juristen entsprechende Abklärungen durchgeführt, wie die Rechte und Ansprüche der Einwohnergemeinde Biel adäquat gesichert resp. durchgesetzt werden können.

Nördlich der Madretschschüss: Die Abteilung Liegenschaften unterzeichnete mit allen Eigentümerinnen und Eigentümern die Kaufverträge. Somit verfügt die EG Biel über den Landanteil für die Velo- und Fussgänger Verbindung.

Südlich der Madretschschüss: Auf Grund dessen, dass die Verträge im Jahre 1994 unterzeichnet worden sind, die Parzellen alsdann als Anmerkungsparzellen den diversen Stammgrundstücken der Wohnungsbauten gewidmet wurden und die gewidmeten Grundstücke teilweise nicht unerhebliche amtliche Werte aufwiesen, bestanden Rechtsunsicherheiten, die einer Klärung zugeführt werden mussten. Im Verlauf des Jahres 2018 wurde entschieden, den vom kantonalen Recht vorgesehenen Weg der Feststellungsverfügungen zu beschreiten, um den rechtlichen Anspruch an diesen Teilflächen auf dem ehemaligen Schnyder-Areal zu Gunsten der Einwohnergemeinde Biel und der Öffentlichkeit geltend zu machen. Die erste Publikation ist bereits erfolgt; die hängigen Einsprachen werden bearbeitet.

In einem nächsten Schritt ist geplant, auch das Wegrecht für die Velo- und Fussgänger Verbindung über die Madretschschüss geltend zu machen, den Dienstbarkeitsvertrag mit der Gebrüder Schnyder & Cie. AG abzuschliessen und den Anspruch am Grundbuchblatt Nr. 11082 durchzusetzen. Im Gegensatz zu den anderen Grundstücken steht die Nr. 11082 nach wie vor im Alleineigentum der Investorin.

3. Wer war die Eigentümerschaft, die nicht gehandelt hat?

Das Areal wurde an eine Gruppe von privaten Eigentümern verkauft. Gemäss den vorliegenden Verträgen hat diese Gruppe von Investoren die entsprechenden Bauten auf den Teilflächen und die Wegverbindung auf dem Schnyder-Areal ausgeführt. Die über 100 Eigentumswohnungen auf dem Areal wurden verkauft und es wurde unterlassen, die entsprechenden Auflagen gemäss Vorvertrag und Erschliessungsvertrag vom 28.01.1994 den neuen Eigentümern zu überbinden. Vielmehr wurden die betreffenden Flächen den diversen Stammparzellen, auf welchen die Wohnhäuser des Schnyder Areals erstellt wurden, gewidmet.

4. Was ist die Begründung der Eigentümerschaft für das Nichthandeln?

Da die ursprüngliche private Investorengruppe zum grössten Teil nicht mehr Eigentümer des Areals sind, ist das Einholen einer Stellungnahme nicht opportun.

5. Welche Kosten sind der Stadt bisher entstanden, (interne und externe)?

Es wurde ein Notar beauftragt, um die rechtlichen Abklärungen unter Einbezug des Grundbuchamts durchzuführen, die Handänderungen vorzubereiten und sodann zu vollziehen und die Feststellungsverfügungen zu erstellen und zu publizieren. Er wird das weitere Verfahren begleiten und die rechtlichen Massnahmen durchsetzen. Die Kosten für den beauftragten Notar werden dem Verpflichtungskredit Gartenstrasse, Realisierung Velo- und Fussgänger-Route (Nr. 56000.0160) belastet. Per Ende August 2019 sind Notariatskosten von CHF 21'330.10 für die erwähnten Arbeiten aufgelaufen. Weiter sind bisher CHF 26'948.30 für den Landerwerb im Abschnitt von der Mattenstrasse bis zur Madretsch-Schüss angefallen.

Der interne Studenaufwand wird als Gesamtbetrag für ein entsprechendes Projekt erfasst. Es gibt keine separate Erfassung der Stunden für einzelne Projektabschnitte.

6. Gibt es aus der Überbauung dieses Teils des Schnyder-Areals weitere noch nicht beendete bzw. nicht umgesetzte Auflagen? Wenn ja, welche und warum?

Das Wegrecht wird noch geltend gemacht werden und der Anspruch am Grundbuchblatt Nr. 11082 wird durchgesetzt. Ebenso wird der Dienstbarkeitsvertrag mit der Eigentümerin der Nachbarparzelle zur Mitbenutzung des grossen Anmerkungsgrundstücks als Erholungszone verkündet werden. Diese Pendenzen werden nach der Umsetzung der Feststellungsverfügungen bearbeitet.

7. Gibt es in der Stadt Biel derzeit andere Überbauungen, bei denen die Umsetzung der Auflagen nicht zeitgerecht erfolgt (Regel 2 Jahre, vgl. auch Art. 109 Abs. 1 lit d Baugesetz)?

Dem Gemeinderat sind keine weiteren, vergleichbaren Fälle bekannt.

8. Erachtet der Gemeinderat Vorkehrungen als notwendig, damit solche Kontrollen nicht „vergessen“ gehen und die Durchsetzung zeitgerecht erfolgen kann? Falls nein, warum?

Der Gemeinderat erachtet das aktuelle System zur Überwachung als genügend und es sind keine zusätzlichen Massnahmen gedacht.

Im Sinne der vorangehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20190131 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 18. September 2019

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident:

Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr

Julien Steiner

Beilage: Postulat 20190131

Postulat

Unverständliche Unterlassungen: fehlende Verbindung Madretschstrasse-Mattenstrasse

1. Nach Einsicht in die Baugesuchsakten **Schnyder-Areal** wird festgestellt:

In der Baubewilligung des Regierungstatthalters von Biel zum Baugesuch vom 5.7.1993 (Nr. 18'689), bzw. neu vom 7.3.1996 (Nr. 19'245) wird als integrierender Bestandteil unter „Auflagen und Bedingungen“ verwiesen auf die Beilage vom Gemeinderat, bzw. Hochbauamt, wo der Wortlaut der Ziffer 3.34, bzw. 10.12 lautet:

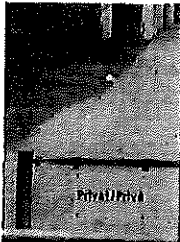
„Öffentliche Fussgänger Verbindung:

Die Realisierung der öffentlichen Fussgänger Verbindung Madretschstrasse-Mattenstrasse muss im Zuge der Verwirklichung der Ueberbauungsordnung vorgenommen werden.

Die notwendigen Flächenanteile im Bereich der neu zu erstellenden Brücke (separates Baugesuch) über die „Madretsch-Schüss“ sind nach Rücksprache mit der Stadtgärtnerei zu reservieren.“

Weiter wurden unter Punkt 3.29, bzw. 10.11 „Sachenrechtliche Regelungen“ festgelegt.

2. Anfangs 2013 habe ich eine E-Mail der Baudirektion (BEU) zukommen lassen (Inkl. Beilage 2 Fotos)



mit der Frage, ob diese Tafel Privat/Privé rechtens sei, dies unter Verweis auf die Ueberbauungsordnung. Die Antwort des damaligen Direktionssekretärs lautete sinngemäss:

Das Problem sei erkannt, es sei etwas vergessen gegangen, es werde verwaltungsintern bearbeitet.....(Leider habe ich nicht nachgefragt.....)

3. Aus den Beantwortungen der Postulate betreffend Gartenstrasse (20180369 Salome Strobel und 20180370 Denis Bräschle) geht u.a. hervor, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und dass es „die damalige Eigentümerschaft versäumt habe, die erforderlichen Verurkundungen zu veranlassen....“

Daher der Antrag:

Der Gemeinderat erstatten einen Bericht zum Verlauf dieses Nichthandelns sowie Allgemeines zu solchen Kontrollen und er beantwortet insbesondere folgenden Fragen:

1. Wer war für Umsetzung dieser Bestimmung betr. öffentlicher Verbindung gemeindelntern wann zuständig (Direktion/Abteilung/Dienststelle...?)
2. Was wurde wann durch wen unternommen, um die Bestimmung umzusetzen?
3. Wer war die Eigentümerschaft, die gemäss Gemeinderat nicht gehandelt hat?
4. Was ist die Begründung der Eigentümerschaft für das Nichthandeln?
5. Welche Kosten sind der Stadt Biel bisher entstanden (externe und interne)?
6. Gibt aus der Überbauung dieses Teils des Schnyder-Areals weitere noch nicht beendete, bzw. nicht umgesetzte Auflagen?
wenn ja: welche und warum?
7. Gibt es in der Stadt Biel derzeit andere Überbauungen, bei denen die Umsetzung von Auflagen nicht zeitgerecht erfolgt (Regel: zwei Jahre, vgl. auch Art. 109 Abs. 1 lit. d Baugesetz (BSG 721.0)?
- wenn ja: welche und warum?
8. Erachtet der Gemeinderat Vorkehrungen als notwendig, damit solche Kontrollen nicht „vergessen“ gehen und die Durchsetzung zeitgerecht erfolgen kann?
- falls nein, warum?

Biel/Bienne, den 25. April 2019

[Signature]
Wärth. Schwab

Peter Bohnenblust, FDP.Die Liberalen

[Signature]
Mün. Gall



Réponse

à l'interpellation urgente 20190295, Maurice Rebetez, Groupe PSR, «La rue de Nidau: un axe de transit ?»

Par cette intervention parlementaire, le Conseil municipal est prié de répondre à des questions liées à la circulation routière à la rue de Nidau. Avant d'aborder concrètement ces questions, le Conseil municipal tient tout d'abord à préciser ce qui suit:

S'appuyant sur l'appendice 1 «Liste des catégories de cartes de stationnement» de l'Ordonnance municipale sur les places de stationnement (Ordonnance sur le parage; RDCo 761.11), les entreprises commerciales ainsi que leurs fournisseurs dans les zones piétonnières peuvent acquérir une carte de stationnement de catégorie 9 «Carte de stationnement pour la manutention de marchandises dans les zones piétonnières en dehors des heures signalées à cet effet». La vente de ces cartes a lieu dans les conditions définies dans cette ordonnance, et donc uniquement si ces conditions sont remplies.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal peut répondre comme suit aux questions spécifiques de l'intervenant:

Des autorisations spéciales peuvent être demandées:

a. à qui sont-elles délivrées?

Lesdites cartes sont vendues aux entreprises commerciales et à leurs fournisseurs dans les zones piétonnières lorsque les conditions correspondantes définies dans l'Ordonnance sur le parage sont remplies.

b. existe-t-il un décompte des autorisations délivrées?

Le nombre de cartes vendues se présente comme suit:

2016:

- 165 autorisations journalières
- 10 autorisations annuelles
- 4 autorisations mensuelles

2017:

- 250 autorisations journalières
- 14 autorisations annuelles
- 11 autorisations mensuelles

2018:

- 303 cartes journalières
- 14 cartes annuelles
- 15 cartes mensuelles

2019 (état au 12.09.)

- 174 cartes journalières
- 12 cartes annuelles
- 8 cartes mensuelles

Compte tenu des chiffres existants, une subdivision entre les diverses zones piétonnières de la ville est impossible.

c. les conditions-cadre (horaire – temps de stationnement - ...) sont-elles fixées clairement ?

Les conditions-cadre fixées à l'appendice 1 de l'Ordonnance sur le parage permettent la manutention de marchandises dans les zones piétonnières en dehors des heures signalisées à cet effet. Il est impossible de fixer des conditions-cadre plus précises. La manutention de marchandises peut durer quelques minutes comme quelques heures.

Ne serait-il pas possible d'engager les SIP pour délivrer des amendes d'ordre?

Dans le cas présent, la délivrance d'amendes d'ordre incombe aux collaborateurs et collaboratrices de l'Inspection de police de la Ville de Bienne du côté des organes de la Police locale. Par ailleurs, la Police cantonale procède aussi à des contrôles réguliers et amende également les automobilistes, cyclistes et conducteurs et conductrices d'engins de locomotion alternatifs fautifs. L'unité d'intervention SIP patrouille en plus régulièrement dans les zones piétonnières et tient en particulier à l'œil les usagers de la route ne se comportant pas correctement. Par principe, la délivrance d'amendes d'ordre dans ce contexte ne fait pas partie des tâches de la SIP.

Que compte entreprendre la Ville de Bienne:

a. permettant d'offrir réellement et véritablement une rue piétonne au centre-ville ?

Le Conseil municipal est aussi d'avis que la situation à la rue de Nidau en matière de manutention de marchandises en dehors des heures officielles n'est pas satisfaisante, et vise une amélioration de cette situation (cf. réponse à la prochaine question).

b. permettant de protéger les piétons, dont notamment les enfants, afin d'assurer la sécurité de chacune et chacun?

Par principe, les pouvoirs publics peuvent influencer le déroulement de la circulation routière, et notamment le respect des règles en vigueur, par des mesures préventives, matérielles (aménagement routier) ou répressives. La situation juridique initiale concernant les règles d'utilisation de la rue de Nidau par les usagers de la route est clairement établie par les prescriptions en vigueur de la circulation routière ainsi que par le marquage et la signalisation affichée sur place. Il existe donc une base suffisante pour faire respecter par la police le régime de circulation en vigueur tel que décrit plus avant. Des mesures préventives telles que la présence de forces de l'ordre ou des campagnes d'affichage sont également prises dans la mesure du possible.

De l'avis du Conseil municipal, la méthode la plus efficace pour améliorer la situation actuelle en termes de livraisons de marchandises en dehors des heures admissibles réside dans la réalisation de mesures d'aménagements et d'infrastructures. Toutefois, des mesures d'infrastructures telles que des blocages d'accès au moyen de plots pour interdire la circulation et protéger les piétons et piétonnes permettraient certes de satisfaire à la requête de l'intervenant, mais seraient liées à des charges en termes de finances et d'organisation. De plus, elles permettraient à peine de lutter contre la circulation de deux-roues en tout genre tel que décrit dans la présente interpellation. À ce sujet, les mesures déjà prises doivent être poursuivies.

Un projet est en cours pour rendre le centre-ville plus attrayant. Dans l'intérêt de ce projet, l'aménagement et l'utilisation du domaine public font l'objet d'une réflexion de fond, où les zones piétonnières, existantes et futures, jouent un rôle central. Le Conseil municipal est convaincu que par cette voie, la situation pourra être améliorée dans les domaines abordés par l'intervenant.

Bienne, le 25 septembre 2019

AU NOM DU CONSEIL MUNICIPAL

Le maire:

La chancelière municipale:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe: interpellation urgente 20190295

AS

alle Anmerkungen



PSR, Parti Socialiste Romand

Interpellation urgente

« La rue de Nidau : un axe de transit ? »

Direktion Soziales und Sicherheit
An OS

An OSI

FF

☐ zur Kenntnis

☐ zur dir. Erledigung☐ **vorb. Stellungnahme**

☐ mit Kopie an Dir.

☐ -vorb. Schreiben

☐ Unterschrift Dir

☒ -vorb. GR-Geschäft

bls 29.8.1 C

Biel, 26.8.10

D5C

81

Au fil des années, la Rue de Nidau, déclarée comme piétonne, a fortement changé !

Théoriquement, à partir de 10 heures, la circulation y est interdite. Des autorisations spéciales sont délivrées par la commune, si bien que certains matins, la rue piétonne se transforme en axe de transit !

Camions et camionnettes de livraison se succèdent régulièrement et entravent la sécurité même de cette zone résidentielle !

La « Communauté d'intérêts du centre-ville » a rédigé un guide « Avenir du centre-ville de Bienné » (https://www.biel-bienne.ch/files/pdf/12/CI_Centre-ville_Avenir_du_centre-ville.pdf) évoquant en 22 points très intéressants le développement souhaité de notre cité. A la lecture de ce document, la Ville de Bienné s'engage dans la mesure du possible bien évidemment, à rendre le centre-ville vivant, attrayant, accueillant en le transformant petit à petit en lieu de rencontre. Ce n'est donc pas en tolérant ces va-et-vient de camions et de camionnettes que les buts seront atteints ! Il est certes nécessaire d'approvisionner les commerces du centre, mais il s'agit également de réglementer l'accès et de le contrôler.

De plus, la société évolue. Bien que les cyclistes soient priés de descendre de vélo, ils sont actuellement rejoints par les bicyclettes et trottinettes électriques qui s'en donnent à cœur joie.

Les rares contrôles de police ne changeant pas grand chose, la sécurité des piétons est mise à mal !

Questions :

- Des autorisations spéciales peuvent être demandées :
 - a. à qui sont-elles délivrées ?
 - b. existe-t-il un décompte des autorisations délivrées ?
 - c. les conditions-cadres (horaire – temps de stationnement – ...) sont-elles fixées clairement ?
- Ne serait-il pas possible d'engager les SIP pour délivrer des amendes d'ordre ?
- Que compte entreprendre la Ville de Bienne :
 - a. permettant d'offrir réellement et véritablement une rue piétonne au centre ville ?
 - b. permettant de protéger les piétons, dont notamment les enfants, afin d'assurer la sécurité de chacune et chacun ?

Bienne, le 22.08.2019

**Pour le Groupe PSR
Maurice Rebeto**

our le Groupe PSR
 Maurice Rebetez



Beantwortung

des Postulats 20190088, Urs Scheuss, Grüne, «Klimaschutz als Querschnittsthema»

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen.

- 1. Bei jeder Vorlage aufzeigen, welche positiven oder negativen Auswirkungen sie auf den Klimawandel hat oder wie sie dazu beiträgt, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen.*
- 2. Sich in den Aussenbeziehungen und gegenüber Dritten dafür einsetzen, den Klimawandel und dessen Folgen abzuschwächen.*
- 3. Die Bevölkerung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen welche gegen den Klimawandel ergriffen werden können, informieren*
- 4. Im Geschäftsbericht Rechenschaft über die getroffenen Massnahmen ablegen.*

Dabei orientiert sich der Gemeinderat mindestens am Ziel, die globale Erwärmung laut Pariser Klimaabkommen auf deutlich unter 2°C, wenn möglich auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Der Gemeinderat hat sich im Rahmen der Beantwortung der Motion 20190013 «Mit einem Klimareglement das Pariser Klimaabkommen in der Stadt Biel umsetzen» für die Übernahme der Pariser Klimaziele ausgesprochen. Mit der erwähnten Motion ist der Gemeinderat beauftragt worden, ein Klimareglement auszuarbeiten. Weiter ist er mit der Motion 20190126 «Streikende Jugendliche ernst nehmen – Klimanotstand ausrufen» aufgefordert worden, den Klimanotstand symbolisch auszurufen. Der Gemeinderat beantragt den Stadtrat, beide Motionen zu überweisen. Erklärt der Stadtrat die Motion 20190013 «Mit einem Klimareglement das Pariser Klimaabkommen in der Stadt Biel umsetzen» wie beantragt als erheblich, schlägt der Gemeinderat vor, die Forderungen des vorliegenden Postulates soweit möglich in das Reglement aufzunehmen.

Zu den aufgelisteten Punkten nimmt der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt Stellung:

Punkt 1: Wie in seiner Beantwortung auf die Motion 20190126 formuliert, erachtet es der Gemeinderat als sinnvoll und notwendig, künftig die Klimaauswirkungen seiner Vorhaben zu beurteilen. Der Gemeinderat hat die Bereitschaft ausgesprochen, die Stadtratsvorlagen mit einer Klimaverträglichkeitsprüfung zu ergänzen. Er ist dementsprechend mit der vorliegenden Forderung einverstanden.

Punkt 2: Sowohl die Motion 20190013 als auch die Motion 20190126 fordern, dass der Gemeinderat im Interesse des Klimaschutzes möglichst auf Dritte sowie auch auf die kantonale und nationale Politik Einfluss nimmt. Ein erfolgreicher Klimaschutz erfordert den Einbezug möglichst vieler Akteurinnen und Akteure und ist wirkungsvoller, wenn die Massnahmen auf den verschiedenen räumlichen und politischen Ebenen koordiniert werden. Der Gemeinderat ist daher einverstanden zu prüfen, wie er sich dafür noch stärker einsetzen kann.

Punkt 3: Angesichts der grossen Besorgnis der Bevölkerung, die unter anderem in den Klimademonstrationen zum Ausdruck kommt, ist der Gemeinderat einverstanden, eine

umfassende Kommunikation zur Klimaproblematik zu entwickeln. Dabei möchte der Gemeinderat insbesondere auch das bestehende Angebot des Energiestadtprogramms nutzen.

Punkt 4: Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, regelmässig über sein Handeln im Bereich Klimaschutz zu berichten. In welcher Form und Frequenz diese Berichterstattung erfolgen soll, wird der Gemeinderat im Rahmen der Erarbeitung des Klimareglements evaluieren.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20190088 erheblich zu erklären.

Biel, 14. August 2019

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Die Stadtschreiberin:

Barbara Labbé

Beilage: Postulat 20190088



Vorstoss Nr. / Interv. no: 20190085

Termin GR / Délai CM: _____

Direktion / Direction: _____

Mitbericht / Corapport: _____

Postulat

Klimaschutz als Querschnittsthema

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Bei jeder Vorlage aufzeigen, welche positiven oder negativen Auswirkungen sie auf den Klimawandel hat oder wie sie dazu beiträgt, die Folgen des Klimawandels abzuschwächen.
2. Sich in den Aussenbeziehungen und gegenüber Dritten dafür einsetzen, den Klimawandel und dessen Folgen abzuschwächen.
3. Die Bevölkerung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden können, informieren.
4. Im Geschäftsbericht Rechenschaft über die getroffenen Massnahmen ablegen.

Dabei orientiert sich der Gemeinderat mindestens am Ziel, die globale Erwärmung laut Pariser Klimaabkommen auf deutlich unter 2°C, wenn möglich auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

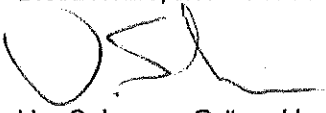
Begründung

Die Komplexität der Klimakrise erfordert Antworten und Lösungen auf allen Ebenen, sowohl individuelle Verhaltensänderungen wie auch politische Massnahmen. Neben gezielten Massnahmen in den Bereichen Energie und Stadtraumgestaltung haben auch andere Vorhaben indirekt Auswirkungen auf den Klimawandel oder die Bewältigung seiner Folgen.

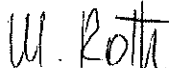
Daher soll Klimaschutz nicht auf einige Spezialreglemente und einzelne Massnahmen beschränkt, sondern auf alle Bereiche ausgedehnt werden. Denn nur wenn Klimaschutz als Querschnittsthema gedacht und angepackt wird, ist es uns noch möglich, die Klimakrise in geordnete Bahnen zu lenken.

Entsprechend ist es notwendig, den Klimaschutz systematisch im Rechtsetzungsverfahren, bei Investitionen und im Budget zu verankern, indem stets die Klimawirkung geprüft wird, damit der Stadtrat diese in Einklang mit den Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen bringen und priorisieren kann. Analog soll der Gemeinderat die Anliegen des Klimaschutzes in den Aussenbeziehungen, gegenüber Dritten und in der Informationstätigkeit gegenüber der Bevölkerung vertreten. Die Klimafolgen können in Form einer Klimabilanz quantitativ beziffert oder qualitativ bewertet werden.

Biel/Bienne, 20.03.2019

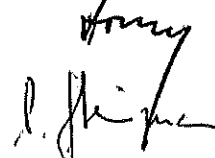

Urs Scheuss, Grüne / Les Verts


S. Muntli


W. Roth


R. Keller


A. Hiltner


J. Fischer


D. de Haan


A. T.


M. M.



Anhang Nr. 8

Beantwortung

des Postulates 20190089, Christoph Grupp, Grüne, «Bauen in Zeiten des Klimawandels»

Das Postulat verlangt vom Gemeinderat einen Bericht zur Nutzbarkeit städtischer Bauten vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung und zunehmender Hitzewellen, wobei verschiedene Fragen formuliert werden, auf die im Bericht eingegangen werden soll.

Der Gemeinderat stellt fest, dass das Bewusstsein über die Bedeutung, welche die – in den letzten Jahren auch verstärkt spürbaren – Veränderungen des Klimas für die Gestaltung des öffentlichen Raums und öffentlicher Gebäude haben, mit diesen Veränderungen gewachsen ist, und dies auf allen Ebenen. So wurden beispielsweise in der Stadt Biel im öffentlichen Raum in den letzten Jahren zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität wesentlich mehr Bäume gepflanzt und es werden Arten bevorzugt, welche mit Hitze und Trockenheit besonders gut umgehen können. Oder es kann – um ein anderes Feld anzuführen – auf die verschärften Energievorschriften bzw. energetischen Bauvorschriften hingewiesen werden, welche nicht mehr nur auf Energieeinsparungen und winterlichen Kälteschutz abzielen, sondern zunehmend auch Anforderungen an den sommerlichen Wärmeschutz beinhalten, welche nach geeigneten Beschattungssystemen, optimierten Gebäudevolumetrien und kleineren Verglasungsanteilen an Fassaden verlangen.

Da es bei der Anpassung des Bauens im Lichte des Klimawandels um eine langfristige Ausrichtung geht, lohnt es sich nach der Auffassung des Gemeinderates, vertiefte Überlegungen anzustellen. Zudem erfordern die vielen verschiedenen Aspekte, welche das Postulat aufbringt, umfangreichere Abklärungen. Dass das Postulat aber ein wichtiges Thema beschlägt, ist für den Gemeinderat unzweifelhaft.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20190089 erheblich zu erklären.

Biel, 21. August 2019

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr

Julien Steiner

Beilage: Postulat 20190089



Vorstoss Nr. / Intery. no: _____
Termin GR / Délai CM: _____
Direktion / Direction: _____
Mitbericht / Corapport: _____

Postulat: **Bauen in Zeiten des Klimawandels**

Ist die Stadt Biel bereit für kommende Hitzewellen?

Der Gemeinderat erstattet dem Stadtrat Bericht zur Nutzbarkeit städtischer Bauten vor dem Hintergrund der rasanten Klimaerwärmung und zunehmender Hitzewellen. Er ist insbesondere gehalten, auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie schätzt der Gemeinderat die künftige Nutzbarkeit von kommunalen Hoch- und Tiefbauten ein angesichts zunehmend überdurchschnittlicher Temperaturen oder Hitzewellen?
2. Gibt es interne Weisungen zur besseren Hitzeverträglichkeit von Gebäuden (Beschattung, Isolation, Alternativen zu Klimaanlage) oder könnten solche erstellt werden?
3. Gibt es interne Weisungen zur Verminderung der Hitzabstrahlung bei Infrastrukturen wie Strassen und Plätzen?
4. Gibt es Zielsetzungen zur Vermeidung von Hitzeinseln?
5. Ist eine Zunahme des Betriebsaufwands zur Kühlung von Gebäuden feststellbar und gibt es Gegenmassnahmen dazu?
6. Gibt es einen verwaltungsinternen Austausch zu Best practices bei der Minderung von Hitzewirkungen auf Gebäude und ihre NutzerInnen?
7. Wie trägt die Stadt Biel bei der Gestaltung von Gebäudeumgebungen (Oberflächen, Bodenversiegelung, Bepflanzung, Bewässerung) der Klimaerwärmung Rechnung?
8. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Biel, um Firmen und Private in diesen Belangen zu unterstützen?

Begründung

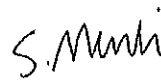
Die Stadt Biel ist eine wichtige Bauherrin. Jährlich werden viele Millionen Franken für bestehende oder neue Infrastruktur ausgegeben, dies sowohl im Hoch- wie im Tiefbaubereich. Im Interesse des Klimaschutzes und als Energiestadt und auch aus Gründen einer umfassenden Nachhaltigkeit verfolgt die Stadt Biel eine lobenswerte Minergiestrategie. Diese zielt primär darauf ab, Heizenergie zu sparen.

Zunehmend wird es auch wichtig, Gebäude vor zu hoher Wärmeaufnahme zu schützen und den Energieaufwand für die Raumkühlung zu reduzieren, z.B. an Hitzetagen.

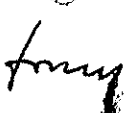
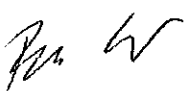
Somit bedeutet Klimaschutz neben der Vermeidung von Treibhausgasen immer mehr auch Schutz der Bevölkerung, der NutzerInnen und der Gebäude und Infrastrukturen selber. Neben den seit langem bekannten Gefahren wie Hochwasser und Sturmereignissen stellt auch die Hitzewirkung ein ernst zu nehmendes Problem dar. In seinem technischen Risikobericht 2015 hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) Hitzewellen als eine der grössten Bedrohungen für die Schweiz klassifiziert. Von Hitzewelle spricht man, wenn über mehrere Tage Tagestemperaturen über 30° und in der Nacht nicht unter 20° Celsius herrschen. Die Zunahme dieser Hitzewellen in den letzten 2 Jahrzehnten ist statistisch belegt. Der geeignete Schutz von Bauten und ihren NutzerInnen ist deshalb nicht nur im Sinne der Aufrechterhaltung der Nutzung relevant (Resilienz), sondern auch zur Vermeidung weiterer klimaschädlicher Infrastrukturen wie Ventilatoren oder Klimaanlage.

Biel, 20. März 2019


Christoph Grupp, Grüne


U. Rott

S. Muntli

J. M. Kaudeloh


U. Sch

Tony

P. W



Anhang Nr. 9

Réponse

à la motion interpartis 20190084, Daniel Suter, PRR, Reto Gugger, PBD, Sandra Gurtner-Oesch, PVL, Sandra Schneider, UDC, «Locaux durables pour l'administration communale à l'horizon 2030»

Par la présente motion interpartis, le Conseil municipal est chargé de soumettre au Conseil de ville la solution la plus avantageuse pour des locaux rénovés et durables pour l'ensemble de l'Administration municipale, disponibles à partir du 30 juin 2030, avec la demande de crédit d'engagement y afférente. Le Conseil municipal doit aussi se prononcer sur l'affectation des bâtiments appartenant à la Ville qui ne seraient dès lors plus utilisés pour les besoins de son administration.

La question d'un nouveau bâtiment administratif centralisé pour l'Administration municipale est débattue depuis dix ans. D'une part, la centralisation des services municipaux à un seul endroit constitue un grand potentiel de synergies et, d'autre part, certains bâtiments administratifs présentent un besoin urgent de rénovations. Le 21 février 2019, le Conseil de ville a arrêté un crédit d'engagement pour une solution de location transitoire pour le Département des affaires sociales qui doit être prolongée tous les cinq ans. La proposition attendue de la part du Conseil municipal doit englober le besoin de locaux pour l'ensemble de l'Administration municipale, une partie de ces locaux devant être regroupée dans un bâtiment administratif centralisé ou concentrée à un seul endroit. La possibilité d'utiliser les locaux de l'actuelle HES Technique et informatique devant être destinés à une nouvelle affectation dans un proche avenir doit être également examinée.

Le Conseil municipal est en mesure de prendre position comme suit sur les requêtes formulées dans l'intervention:

En 2007, la société Move Consultants AG, Bâle, avait été chargée de procéder à une analyse détaillée des sites utilisés par l'Administration municipale en termes de surfaces et d'affectations et de détecter les points faibles en matière d'opportunité et de rentabilité. Dans une deuxième phase, il s'agissait de qualifier et de quantifier des potentiels d'amélioration eu égard à une future variante de centralisation et d'élaborer des recommandations correspondantes. Sur la base des visites réalisées, et comme autre résultat du rapport de 2008, des plans de gestion précis en qualité CAD ont été élaborés pour l'ensemble des surfaces utilisées.

Les résultats du rapport ont été soumis au Conseil municipal le 19 décembre 2008, qui a alors chargé la Direction des finances, en collaboration avec la Direction des travaux publics, de prendre en main le projet de bâtiment administratif centralisé.

Le rapport de l'époque de la société Move Consultants AG est actuellement examiné au vu des conditions-cadre et la mise à jour des besoins relevés en détail et des chiffres établis à l'époque constitue l'une des premières démarches à entreprendre. Il faut connaître le besoin de locaux à moyen et à long terme de l'Administration municipale avant de pouvoir entamer d'autres démarches concrètes en vue de réaliser un bâtiment administratif centralisé.

Le projet «Papageno» de bâtiment administratif centralisé est planifié dans une large mesure et l'on dispose à la fois d'un projet de construction sommaire et d'une estimation des coûts. Ces documents devraient être mis à jour et un projet de construction élaboré. Il conviendrait certainement aussi de procéder à des ajustements compte tenu des changements survenus entre-temps sur l'Esplanade du Palais des Congrès. Le projet est avancé de telle sorte qu'une demande de crédit d'étude à l'attention du Conseil de ville pourrait être élaborée sans

engendrer une trop grande charge de travail et la réalisation du bâtiment administratif dans un délai de cinq ans (emménagement) semble à tout point réaliste (dès l'approbation des frais d'étude par le Conseil de ville). Néanmoins, il convient de tenir compte de ce que l'on veut faire des bâtiments utilisés actuellement par les services municipaux et de ceux qui appartiennent à la Ville. Il faut estimer le coût de leur rénovation et/ou de la poursuite de leur utilisation. D'une part, il s'agit de bâtiments classés dignes de protection avec une grande valeur affective en raison de leur passé urbanistique (p. ex. Bâtiment du Contrôle ou Maison Blösch) qui, par principe, devraient demeurer la propriété de la Ville. D'autre part, il s'agit de biens-fonds pour lesquels il convient de calculer si, et à quel prix, on pourrait trouver des acquéreurs potentiels sur le marché ou les octroyer en droit de superficie.

Ces clarifications seront réalisées, entre autres, aussi compte tenu de la motion 20190060 «Une solution bonne et peu onéreuse pour le Département des affaires sociales» traitée récemment, qui considère comme opportune l'implantation des services municipaux dans des solutions propres à la Ville. Le Conseil municipal va examiner diverses variantes quant à la façon de pouvoir loger le Département des affaires sociales suivantes dans un bâtiment propre à la Ville tout au plus jusqu'en 2025 et, en tout cas, à l'échéance de la date fixée par contrat, ou dans les années.

Concernant les locaux de la Haute école spécialisée devenant vacants à la rue de la Source, des entretiens ont déjà eu lieu entre le Canton de Berne et des représentants et représentantes de la Ville. Le Canton a toutefois déjà signalé que ces locaux seraient toujours nécessaires pour d'autres tâches scolaires cantonales et que par conséquent, ils ne sont pas disponibles pour les besoins de l'Administration municipale. Dans ce même ordre d'idées, il convient de mentionner aussi le bâtiment à la place du Bourg appartenant à la Ville, que le Canton prévoit de quitter en 2026. Ce bâtiment sera également intégré dans les réflexions globales, bien que peu d'affectations devraient y être possibles en raison de ses propriétés très spécifiques et du fort statut de protection dont il jouit.

Dans ce sens, le Conseil municipal constate que les mandats formulés dans la présente motion sont déjà en cours. Dans le cadre des travaux, il faudra aussi proposer les crédits d'engagement nécessaires.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville de transformer la motion interpartis 20190084 en postulat et de l'adopter en tant que tel.

Bienne, le 28 août 2019

AU NOM DU CONSEIL MUNICIPAL

Le maire:

La chancelière municipale:

Erich Fehr

Barbara Labbé

Annexe: motion interpartis 20190084

(sera rempli par la CHM)

Vorstoss Nr. / Interv. no: _____

Termin GR / Délai CM: _____

Direktion / Direction: _____

Mitbericht / Corapport: _____

D. Suter PRR, R. Gugger PBD, S. Gurtner Oesch PVL, S. Schneider UDC

Motion

Locaux durables pour l'administration communale à l'horizon 2030

Proposition

Le Conseil municipal est chargé de soumettre au Conseil de ville la solution la plus avantageuse pour des locaux rénovés et durables pour l'ensemble de l'administration communale, disponibles au plus tard à partir du 30.06.2030, avec la demande d'un crédit d'engagement y afférant. Le Conseil municipal se prononcera également sur l'affectation des bâtiments appartenant à la ville qui ne seraient dès lors plus utilisés pour les besoins de son administration.

Motivation

La question d'un nouveau bâtiment administratif central de la ville de Bienne est en discussion depuis 10 ans. D'une part, la centralisation des services communaux sur un seul site comporte un important potentiel de synergies. D'autre part, certains des actuels locaux de l'administration municipale montrent un besoin croissant de rénovation. Lors de sa séance du 21.02.2019, le Conseil de ville a approuvé un crédit d'engagement pour de nouveaux locaux pour le Département des affaires sociales, solution à caractère provisoire, renouvelable par périodes de cinq ans. La proposition du Conseil municipal portera sur des locaux pour l'ensemble de l'administration municipale dont tout ou partie pourrait être réunie dans un seul bâtiment central ou concentrée autour d'un seul site (p.ex. Esplanade du Palais de Congrès). La possibilité d'utiliser les locaux de l'actuelle HES Technique et informatique qui seront destinés à une nouvelle affectation dans un avenir prévisible sera également examinée.

Bienne, le 20.03.2019

D. Suter PRR, R. Gugger PBD, S. Gurtner Oesch PVL, S. Schneider UDC

Cosignataire(s)

A. Gasser

F. Schot

Winkler

O. Waechter

Holter

H. Rölls



Anhang Nr. 10

Réponse

au postulat urgent 20190338, Mohamed Hamdaoui, PDC, Peter Heiniger, POP, «Pour des écoles publiques durables»

Le présent postulat urgent prie le Conseil municipal de présenter au plus vite au Conseil de ville une solution permettant de répondre au besoin urgent de nouveaux locaux pour la scolarité obligatoire dès l'été 2020. Le Conseil municipal est en mesure de prendre position ainsi:

1. Présenter une alternative au refus par le Conseil de ville d'acheter le bien-fonds situé au chemin des Grillons 4 de Bienne pour répondre à un manque de locaux scolaires.

Le Conseil municipal constate que le 19 septembre 2019, le Conseil de ville n'a pas décidé de renvoyer l'affaire, mais a refusé de l'inscrire à l'ordre du jour, un quorum d'un tiers étant requis à cet effet. Le Conseil de ville a donc renoncé à mener une discussion concernant le contenu de ce projet. Dans ce contexte, il est curieux que, bien que le Législatif ne soit pas entré en matière sur le besoin de locaux scolaires et ait renoncé à débattre de l'option du chemin des Grillons, le présent postulat demande à présent de proposer une autre solution pour un objet concret concernant lequel aucune décision matérielle n'a été prise.

Les locaux nécessaires dès l'été 2020 pour deux classes d'école enfantine pourront probablement être loués. Il convient de souligner à ce propos que l'achat de l'immeuble du chemin des Grillons représentait une opportunité qui aurait complété le projet d'extension de l'École de la Champagne (prévu dans la planification des investissements sous le numéro 540000206) pour le cycle primaire par un objet pour le cycle secondaire. D'autres solutions (location, locaux provisoires, achat) devront être trouvées pour répondre au manque de locaux, notamment en ce qui concerne les classes secondaires de langue allemande.

2. Établir la liste des locaux et bâtiments actuellement inoccupés sur lesquels la Ville pourrait faire valoir un droit de préemption pouvant répondre aux besoins urgents de nouveaux locaux pour l'école enfantine et la scolarité obligatoire.

La Ville de Bienne n'a à l'heure actuelle pas de droit de préemption qu'elle pourrait faire valoir prochainement pour des immeubles vacants. Les droits de préemption ne peuvent être exercés que lorsque de tels immeubles sont vendus à des tiers.

3. Garantir à l'avenir une parfaite collaboration entre les différentes directions municipales pour le bien de la population, qui est soucieuse de la nécessité d'avoir à disposition de nouveaux locaux pour l'école enfantine et la scolarité obligatoire.

Les directions concernées travaillent déjà actuellement en étroite collaboration. Des mesures supplémentaires seront toutefois prises pour améliorer la circulation des informations (changements concernant les besoins en termes de locaux scolaires, planification et construction de bâtiments ou d'extensions, examen de la disponibilité d'objets ou de terrains appartenant à des tiers). Comme le Conseil de ville n'est pas entré en matière sur le projet d'achat de l'immeuble du chemin des Grillons, le Département des immeubles, le Département Écoles & sport et le Département des constructions examineront d'abord encore une fois ensemble toutes les surfaces appartenant à la Ville

de Bienne disponibles à court terme pour voir si elles pourraient se prêter à accueillir des locaux scolaires. Ensuite, l'accent sera mis sur des locations.

Au vu de ce qui précède, comme toutes les mesures – effectivement réalisables – demandées par le présent postulat sont déjà en cours de traitement, mais ne sont pas encore entièrement achevées, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat urgent 20190338.

Bienne, le 6 novembre 2019

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

Le vice-chancelier:

Erich Fehr

Julien Steiner

Annexe:

Postulat urgent 20190338

20190338

Bienne, le 19 septembre 2019

Postulat

MOTION URGENTE

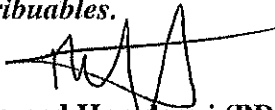
« POUR DES ÉCOLES PUBLIQUES DURABLES »

Le Conseil municipal est prié de présenter au plus vite au Conseil de Ville une solution permettant de répondre au besoin urgent de nouveaux locaux pour l'école enfantine et la scolarité obligatoire dès l'été 2020. En ce sens, le Conseil municipal devra notamment :

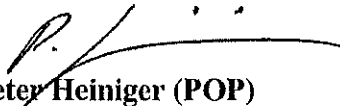
1. Présenter une alternative au refus par le Conseil de ville d'acheter le bien-fonds situé au chemin des Grillons 4 de Bienne pour répondre à un manque de locaux scolaires.
2. Établir la liste des locaux et bâtiments actuellement inoccupés sur lesquels la Ville pourrait faire valoir un droit de préemption pouvant répondre aux besoins urgents de nouveaux locaux pour l'école enfantine et la scolarité obligatoire.
3. Garantir à l'avenir une parfaite collaboration entre les différentes directions municipales pour le bien de la population, qui est soucieuse de la nécessité d'avoir à disposition de nouveaux locaux pour l'école enfantine et la scolarité obligatoire.

Développement :

Lors de sa séance du 19 septembre 2019, la majorité du Conseil de Ville a rejeté le rapport du Conseil municipal proposant un crédit d'engagement et un droit de préemption concernant un bien-fonds situé au chemin des Grillons 4 de Bienne. Mais le besoin urgent de nouveaux locaux scolaires pouvant répondre à l'heureuse évolution démographique de notre ville reste une réalité. Ce besoin, imputable aussi bien à des évolutions démographiques réjouissantes qu'à la volonté de développer les quartiers, n'est pas nouveau. Nous sommes donc persuadés que la Ville avait anticipé cette donne et qu'elle pourra dans des délais courts présenter au peuple et à ses représentants des solutions satisfaisantes pour les enfants, leurs parents, les citoyennes et citoyens et l'ensemble des contribuables.



Mohamed Hamdaoui (PDC)



Peter Heiniger (POP)



Beantwortung

des Postulates 20190177, Christoph Grupp, Grüne, «Bauteile wiederverwenden»

Der Postulant fordert den Gemeinderat auf, dem Stadtrat zu berichten, *in welcher Form*:

1. *Private auf das Angebot der Bauteilbörse hingewiesen werden können, beispielsweise mit einer Information beim Einreichen von Bau- oder Abbruchgesuchen. Aufgezeigt werden soll auch, ob eine verpflichtendere Form der Wiederverwendung von Bauteilen innerhalb von Bau- oder Abbruchgesuchen möglich ist.*
2. *die Stadt Biel beim Rückbau von Liegenschaften oder beim Teilrückbau von Liegenschaften, bei Sanierungen mit der Bauteilbörse zusammenarbeiten kann. Dies in Bezug auf die Liegenschaften im Finanz- und im Verwaltungsvermögen.*
3. *er andere Formen sieht, um die Wiederverwertung von Bauteilen zu fördern.*

In der Begründung des Vorstosses wird die Ansicht vertreten, dass bei Sanierungs- und Abbrucharbeiten noch immer grosse Mengen an qualitativ hochwertigen Baumaterialien vernichtet würden und dass mit der Wiederverwendung dieser Bauteile die Umwelt geschont werden könne. Es wird darauf hingewiesen, dass heute zwar ein grosser Teil der anfallenden Materialien recycelt werde, dass aber die Wiederverwendung von ganzen Bauteilen aus Ressourcensicht effizienter und zudem auch aus wirtschaftlicher Sicht interessanter sei.

Der Gemeinderat geht mit dem Postulanten einig, dass die Wiederverwendung von Bauteilen grundsätzlich sinnvoll und dass deshalb Bauteilbörsen grundsätzlich eine gute und unterstützungswürdige Sache sind.

Während die Verwertung von Bauabfällen, insbesondere auf Bundesebene und auf Kantonsebene (Abfallverordnung des Bundes VVEA, Abfallgesetz und -verordnung des Kantons Bern) umfassend geregelt ist, bestehen zur Wiederverwendung von ganzen Bauteilen weder auf kommunaler, noch auf kantonaler oder Bundesebene gesetzliche Grundlagen.

Heute werden beim Abbruch viele Bauabfälle stofflich verwertet und direkt dem Recycling zugeführt. Die Wiederverwendung von ganzen Bauteilen findet in der Praxis jedoch nur begrenzt statt. Obwohl es verschiedene Anbieterinnen und Anbieter für den Handel mit Bauteilen gibt, scheint sich die Wiederverwendung auf dem Markt nicht etabliert zu haben.

Die Gründe dafür sind nach Ansicht des Gemeinderates in den komplexen Bauprozessen zu suchen. Folgende Faktoren erschweren die Wiederverwendung von Bauteilen: die eingeschränkte Auswahl an Bauteilen in notwendiger Anzahl und Qualität (ein Umstand der gerade bei grösseren Bauprojekten oft ausschlaggebend ist), ein erhöhter Planungsaufwand bereits in den frühen Projektphasen, teilweise fehlende Garantieleistungen, die Normierung der Bauteile, das Einhalten von aktuellen Normen und Vorschriften, die Logistik, die Einhaltung von Energiestandards insbesondere bei Kühlschränken, Fenstern, Elektrogeräten. Bedeutende Einschränkungen ergeben sich überdies aus dem Umstand, dass viele Bauteile aus Abbrüchen bzw. Rückbauten schadstoffbelastet sind, was eine Weiterverwendung erschwert oder gar verunmöglicht. Zu erwähnen sind hier etwa Fenster mit asbesthaltiger Verkittung, Formaldehyd in Holzwerkstoffplatten, PCB und Blei in Anstrichmaterialien oder FCKW in Kühlschränken und Klimageräten.

Zudem machen im Gesamtkontext aller anfallender Bauabfälle in der Stadt Biel die Bauteile, welche für eine Wiederverwendung geeignet sind, einen geringen Anteil aus. Darüber hinaus

ist die Lebensdauer von Bauteilen beschränkt und Abbruchvorhaben können häufig erst nach dem Ablauf der Lebensdauer dieser Bauteile umgesetzt werden. Die Wiederverwendung von Bauteilen ist eher ein Nischenmarkt, weshalb eine Fokussierung auf die kommunale Ebene nicht zu den gewünschten Resultaten führte. Eine allfällige verpflichtendere Form müsste auf kantonaler oder auf Bundesebene umgesetzt werden.

Zu Frage 1

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens werden auch Abbruchbewilligungen erteilt. Es gilt jedoch zu beachten, dass nicht alle Abbruchvorhaben bewilligungspflichtig sind und somit der Leitbehörde nicht bekannt sind. Wenn aber Abbruchbewilligungen erteilt werden, soll künftig von der Leitbehörde auf das Angebot der Bauteilbörsen hingewiesen werden.

Eine Verpflichtung für die Wiederverwendung von Bauteilen erachtet der Gemeinderat angesichts des – wie oben dargelegt – begrenzten Potentials für unverhältnismässig und mangels gesetzlicher Grundlage ohnehin nicht umsetzbar.

Frage 2

Die Stadt Biel arbeitet bereits heute mit der Bauteilbörse Syphon zusammen. Dies bietet sich insbesondere bei Unterhaltsarbeiten oder für Überbrückungslösungen bis zu Sanierungen an. In der Vergangenheit wurde beispielsweise bei der Einrichtung des «Cactus» an der Murtenstrasse auf die Bauteilbörse zugegriffen (Beleuchtung, Sanitärapparate). Die Wiederverwendung von Bauteilen ist jedoch, wie bereits oben beschrieben, aus unterschiedlichsten Gründen begrenzt. Umgekehrt können nicht mehr benötigte Bauteile nur an Bauteilbörsen abgegeben werden, wenn diese in einwandfreiem Zustand sind. Bei den meisten Sanierungen und Umbauten ist dies nicht der Fall. Wenn neuwertige Bauteile demontiert werden müssen, wird jedoch jeweils geprüft, ob der Einbezug der Bauteilbörse sinnvoll ist.

Frage 3

Die Stadt Biel betreibt in einem geringen Umfang eine «interne» Bauteilbörse: Bauteile, welche möglicherweise wiederverwendet werden können, werden ins Lager Hochbau (kleinere Einzelteile, Leuchten etc.), des Werkhofs (grössere Teile) oder der Logistik (Mobiliar, Geräte) genommen und von dort aus bei Bedarf stadintern weiterverwendet. Teilweise werden rückgebaute Bauteile, beispielsweise Heizkessel, auch direkt in einer andern stadteigenen Liegenschaft, welche Erneuerungsbedarf aufweist, verbaut.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20190177 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 18. September 2019

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Der Vize-Stadtschreiber:

Julien Steiner

Beilage: Postulat 20190177



(wird von STK ausgefüllt)

Vorstoss Nr. / Interv. no:

20190177

Termin GR / Délai CM:

12.03.19

Direktion / Direction:

Mitbericht / Corapport:

BEH
TRA

Postulat: Bauteile wiederverwenden

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen und Bericht zu erstatten in welcher Form:

1. Private auf das Angebot der Bauteilbörse hingewiesen werden können, zum Beispiel mit einer Information beim Einreichen von Bau- oder Abbruchgesuchen. Aufgezeigt werden soll auch, ob eine verpflichtendere Form der Wiederverwendung von Bauteilen innerhalb von Bau- oder Abbruchgesuchen möglich ist.
2. die Stadt Biel beim Rückbau von Liegenschaften oder beim Teilrückbau von Liegenschaften bei Sanierungen mit der Bauteilbörse zusammenarbeiten kann. Dies in Bezug auf die Liegenschaften im Finanz- und im Verwaltungsvermögen.
3. Ob er andere Formen sieht, um die Wiederverwertung von Bauteilen zu fördern.

Begründung

Die Wiederverwertung von Bauteilen schont die Umwelt. Heute wird bei Sanierungs- oder Abbrucharbeiten noch immer die grosse Mehrheit an qualitativ hochwertigen Baumaterialien vernichtet. Parkettböden, Lavabos, Türen, Fenster, ganze Einbauküchen usw., welche problemlos aufbereitet und wiederverwendet werden können, werden entsorgt.

Glücklicherweise, wird ein Grossteil mittlerweile zumindest recycelt. Doch ist dies ein suboptimaler Weg. Warum funktionstüchtige und wiederverwendbare Komponenten in Einzelteile und Einzelmateriale zerlegen? Wiederverwenden ist aus Ressourcensicht effizienter, hilft Abfall zu vermeiden und reduziert somit den CO₂-Ausstoss beim Recycling und der Neuproduktion. Die Wiederverwendung von Baumaterialien ist auch aus wirtschaftlicher Sicht wichtig, weil sie zur regionalen Wertschöpfung beiträgt.

Ein gutes Beispiel für eine Bauteilenbörse ist Syphon. Sie baut Teile aus Abbruchobjekten oder bei Umbauten/Sanierungen von Liegenschaften aus, bereitet sie auf und bietet sie als Secondhand-Artikel zum Verkauf an. Es handelt sich dabei zum Beispiel um elektrische Geräte wie Kühlschrank, Backofen, Geschirrspüler oder komplette Küchen, um Lavabos, Toiletten, Badewannen oder Bodenbeläge, Türen und Fenster.

Die Bauteilbörse Syphon arbeitet mit Gemeinden und Institutionen im Bereich der Arbeitsintegration zusammen. Sie ist wegen der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe von der Einkommenssteuer befreit und darf keinen Gewinn ausschütten. Sie bietet reale Arbeitsplätze von der Demontage über die Reinigung und die Instandstellung, bis hin zum Verkauf der Bauteile an. Ihr Fokus liegt auf der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, wobei in Einzelfällen, durch den Kontakt zum regionalen Gewerbe, auch die Wiedereingliederung von Personen in den ersten Arbeitsmarkt glückt. Dies ist sowohl aus volkswirtschaftlicher wie auch aus sozialer Sicht von Interesse.

Biel, 16. Mai 2019

Christoph Grupp, Grüne Biel

Cecile Frank

U. Roth

J. de Harbich

Stump

Per W



Anhang Nr. 12

Beantwortung

des überparteilichen Postulats 20190128, Christoph Grupp, Grüne, Franziska Molina, EVP, Maurice Rebetez, PSR, Titus Sprenger, Passerelle, Alfred Steinmann, SP, Andreas Sutter, FDP, Julien Stocker, GLP, «Vorrang für E-Mobilität für Fahrzeuge der Stadt Biel»

Im vorliegenden Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, bei Fahrzeugersatzbeschaffungen immer die Möglichkeit der Beschaffung eines elektrisch betriebenen Fahrzeuges zu prüfen und sofern erhältlich, diese Antriebstechnologie zu bevorzugen. Ebenfalls soll der Einsatz von E-Bikes geprüft und in städtischen Immobilien für die notwendige Ladeinfrastruktur gesorgt werden.

In seiner Strategie 2030, die der Gemeinderat Ende September dieses Jahres kommunizierte, ist es ein erklärtes Ziel, dass die Stadt Biel vorbildlich für das Klima handelt und wo immer möglich erneuerbare Energien nutzt. Der Gemeinderat hat zudem bereits im September 2014 «Richtlinien nachhaltige Fahrzeug- und Gerätebewirtschaftung, Verwaltung der Stadt Biel/Bienne» erlassen, welche u.a. den Einsatz von elektrisch betriebenen Fahrzeugen priorisieren. Bereits heute wird deshalb bei Ersatzbeschaffungen immer die Möglichkeit eines Elektroantriebes geprüft. Auch die zwingende Prüfung, ob bei vorgesehenen Fahrzeugbeschaffungen nicht Alternativen wie E-Bikes zum Einsatz kommen könnten, ist bereits in den genannten Richtlinien festgelegt. Im Übrigen stehen in der Stadtverwaltung seit längerer Zeit mehrere E-Bikes im Einsatz.

Die Bereitstellung von Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge bei städtischen Immobilien richtet sich aktuell nach der Nachfrage. Für Abteilungen und Bereiche, welche bereits über elektrisch betriebene Fahrzeuge verfügen, stehen bereits heute folgende Ladeinfrastrukturen vor Ort zur Verfügung:

- Im Werkhof an der Portstrasse gibt es eine Fix-Ladestation und geeignete 220V-Anschlüsse. Im Hinblick auf die zunehmende Elektromobilität wurde zudem auf dem Dach der Stadtgärtnerei eine Photovoltaikanlage errichtet, welche einen Teil des benötigten Stroms im Werkhof abdeckt.
- Bei der Feuerwehr / Zentralgarage ist ein 220V-Anschluss im Betrieb, zwei erweiterbare Fix-Ladestationen sind in Planung.
- Beim Kontrollgebäude steht ein abschliessbarer Unterstand mit Steckdosen für die verwaltungseigenen E-Bikes zur Verfügung. Im Hof des Kontrollgebäudes könnten weiter bei einer Umrüstung der Fahrzeugflotte auf E-Autos relativ einfach fixe Ladestationen erstellt werden.
- Dasselbe gilt für andere Standorte, insbesondere auch Schulanlagen, welche über Abstellplätze auf den jeweiligen Arealen verfügen und die Nachfrage wegen neuen stadteigenen E-Fahrzeugen gegeben ist.

In den der Parking Biel AG gehörenden Parkings stehen aktuell insgesamt 10 öffentliche, durch den Energie Service Biel/Bienne ESB betriebene Ladestationen zur Verfügung. Dieses Angebot kann bei Bedarf ausgebaut werden.

Der Gemeinderat ist entschlossen, die Förderung der Elektromobilität in seinem Einflussbereich fortzusetzen. Er weist darauf hin, dass die Fahrzeugbeschaffung der Stadt zurzeit restrukturiert und optimiert wird. In diesem Zusammenhang werden auch die genannten Richtlinien im Sinne des vorliegenden Postulats zu überprüfen und allenfalls zu schärfen sein.

Gestützt auf die obenstehenden Erläuterungen empfiehlt der Gemeinderat dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat 20190128 erheblich zu erklären.

Biel, 18. September 2019

NAMENS DES GEMEINDERATES

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Der Vize-Stadtschreiber:

Julien Steiner

Beilage: überparteiliches Postulat 20190128

18.09.2019

DSS

FID, BEN

Überparteiliches Postulat

Vorrang für E-Mobilität für Fahrzeuge der Stadt Biel

1. Die Stadt Biel prüft, bei allen neuen Fahrzeuganschaffungen und Ersatzbeschaffungen der gesamten städtischen Flotte (PW und Nutzfahrzeuge) und wenn möglich auch der angeschlossenen Betriebe immer dann ein elektrisch angetriebenes Fahrzeug zu beschaffen, wenn dieses auf dem Markt erhältlich ist und den betrieblichen Ansprüchen der Nutzenden entspricht, mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoss zu senken.
2. Es ist zusätzlich zu prüfen, wo anstelle von Rollern, Motorrädern oder Autos E-Bikes beschafft werden können.
3. In städtischen Immobilien sollen bei der Planung und im Betrieb die Bereitstellung von Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge geprüft werden.

Begründung

Die Stadt Biel hat in den letzten Jahren punktuell auf elektrisch betriebene Fahrzeuge gesetzt. In der Zwischenzeit kommen für immer mehr Fahrzeugtypen elektrisch betriebene Modelle auf den Markt.

Die Stadt Biel soll künftig systematisch auf elektrisch betriebene Fahrzeuge setzen. Dies im Bereich der Personenwagen wie auch bei Nutzfahrzeugen.

Damit kann CO₂ eingespart werden, da der Strom des ESB ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen stammt. Durch den Stromeinkauf beim lokalen Energieversorger fließen die finanziellen Mittel zudem nicht an die Mineralölbranche sondern tragen zu einem erhöhten Gewinn des ESB bei.

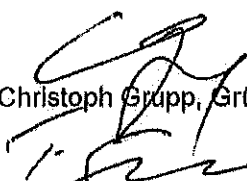
Im weiteren können Schadstoffe wie Russpartikel, Stickstoffe und Kohlenmonoxid reduziert und die Luftqualität verbessert werden.

Ein dritter Pluspunkt ist die Lärmreduktion, wie zum Beispiel Auswertungen der Stadt Thun zu den neuen, elektrisch betriebenen Kehrriicht-Lastwagen ergaben.

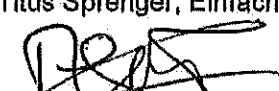
Mit dem konsequenten Ersatz der fossil betriebenen Fahrzeuge kann CO₂ eingespart werden. Der Anteil des motorisierten Verkehrs am CO₂-Ausstoss beträgt in der Schweiz rund 40%.

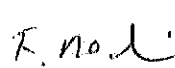
Die Gemeinwesen können hier eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen und zugleich zeigen, dass sich Elektrofahrzeuge auf die ganze Lebensdauer berechnet immer mehr auch kostenmässig bezahlt machen. Interessante Erfahrungen könnten auch durch eine Partnerschaft auf E-Mobility-Basis gesammelt werden.

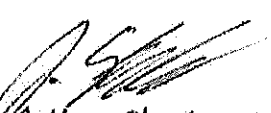
Biel, 25. April 2019

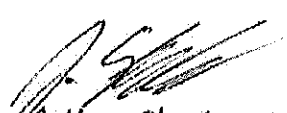

Christoph Grupp, Grüne


Titus Sprenger, Einfach Libres


Andreas Sutter, FDP


Franziska Molina, EVP


Pascal Bord


Julien Stocker GLP


Maurice Rebetez, PSR


Alfred Steinmann, SP